

Beschluss des Landrates vom 22.03.2018

Nr. 1980

53. Evaluation Pilotprojekt und Übernahme Reinigungspersonal 2018/149; Protokoll: mko

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat ablehne. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Florence Brenzikofer (Grüne) hat den Vorstoss nicht alleine unterzeichnet. Fünf weitere Fraktionsvertreterinnen und -vertreter stehen ebenfalls dahinter. Sie hatte ihn eingereicht, nachdem bekannt wurde, dass in Liestal in den beiden Sekundarschulhäusern auf Ende Juli 2018 dem Putzpersonal gekündigt wird. Die Forderung des Postulats ist vielschichtig, weshalb sie gerne etwas ausholen würde.

2010 schloss der Kanton mit verschiedenen Gemeinden Dienstleistungsvereinbarungen ab. Er entschied, bei der Übernahme der Sekundarschulhäuser das Reinigungspersonal zu übernehmen, auch um Kosten einzusparen und hinsichtlich einer gewissen Effizienz. 2015 legte die Regierung bekanntlich in ihrer Finanzstrategie die WOM-2-Massnahme vor, die eine Personalreduktion um 10% vorsah.

Letzten Sommer gab der Kanton jenen Gemeinden, die mit ihm eine Dienstleistungsvereinbarung haben, bekannt, dass er diese verändern möchte. Die Stadt Liestal war die erste Gemeinde, die darauf reagierte und bekannt gab, dass sie unter diesen Bedingungen die Dienstleistungsvereinbarung nicht mehr weiterführen möchte. Die Votantin ist froh, dass die Stadt Liestal reagiert hatte. Der Kanton übernimmt nun von den beiden Schulhäusern zwar das Hauswartspersonal, nicht jedoch das Reinigungspersonal.

Was hat sie nun dazu bewogen, das Postulat einzureichen? Es gibt noch zwei weitere Piloten, die derzeit am Laufen sind: einer am Gymnasium Liestal und einer in der BUD. Das Ziel ist, das Personal um 20-30 Prozent zu reduzieren. Dieses Ziel wurde mittlerweile nach unten angepasst. Gemäss einem Verwaltungsangestellten befindet man sich heute noch bei 15 Prozent. Aber Achtung: Gemäss WOM-2 gibt es eine Personalreduktion um 10%. Es kann nicht sein, dass beim Reinigungspersonal diese Zahl nach oben gedrückt wird. Das geht nicht.

Ihre Frage an den zuständigen Regierungsrat: Die betroffenen zwölf Gemeinden erhielten letztes Jahr ein Schreiben des Kantons. Die Verhandlungen mit den Gemeinden sind aber noch nicht abgeschlossen. Was ist der Stand der Verhandlungen, wie werden die Dienstleistungsvereinbarungen neu aussehen? Ist dem Kanton bekannt, dass vom Pilotprojekt betroffene Personen krankgeschrieben sind? Wer übernimmt die Grundreinigung der beiden Liestaler Schulhäuser? In der Fragestunde wurde gesagt, dass die Massnahme auch Vereine tangiert, weil viele Räumlichkeiten auch von ihnen benutzt werden – Turnhallen, Aulas, Musiksäle.

Die Postulantin bittet, ihren Vorstoss zu überweisen. Nur dann erhält man auch eine Antwort auf die Frage, und nur dann gibt es auch eine gute und fundierte Evaluation des Pilotprojekts, der beim betroffenen Reinigungspersonal für sehr viel Unmut sorgt.

Martin Rüegg (SP) unterrichtet bekanntlich am Gymnasium Liestal und kennt das angesprochene Pilotprojekt als Direktbetroffener. Das Pilotprojekt ist gelingen gesagt ein Rohrkrepierer. Es funktioniert schlichtweg nicht. Die Reaktionen an der Schule darauf waren heftig. Es war zu begrüßen, dass die Verantwortlichen an einem Lehrerkonvent zur Verfügung standen und Fragen beantworteten. Ihnen blies jedoch tatsächlich ein ziemlich eisiger Wind entgegen. Eine Evaluation lässt sich somit heute schon vornehmen. Es darf ernsthaft gefragt werden, ob es nicht Sinn macht, das Pilotprojekt heute schon abzubrechen. Die Regierung sieht das anders, sie wird es durchziehen und

evaluieren. Trotzdem soll die Kritik an dieser Stelle heute schon deponiert werden.

Was ebenfalls nicht gut war, war die Reaktion der Stadt Liestal. Für die Betroffenen war es eine Katastrophe. Es werden hier Entscheidungen auf dem Buckel der Schwächsten innerhalb der Verwaltung getroffen. Das lehnt die SP kategorisch ab. Es kann nicht sein, dass 15% (oder mehr) der Menschen, die auf der Verwaltung am wenigsten verdienen, aufgrund eines Projekts, das ganz klar nicht funktioniert, ihren Job verlieren. Deshalb muss das Postulat überwiesen, das Reinigungspersonal übernommen und Solidarität gezeigt werden, bis das Projekt auch tatsächlich ernsthaft und sauber evaluiert ist.

Balz Stückelberger (FDP) sieht, dass dies aus Sicht der Betroffenen sicher ein ganz wichtiges Thema sei. Dennoch ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass es sich um eine relativ operative Personalfrage handelt, die nicht ganz die Flughöhe hat, um in diesem Saal besprochen zu werden. Der Rat kann nicht unbedingt beurteilen, was sinnvoll und nicht sinnvoll ist. Zudem handelt es sich streng genommen um einen Sachverhalt der Stadt Liestal. Und drittens, und als wichtigster Grund, läuft das Projekt Raumreinigung noch. Wird nun aus dem Landrat hinaus da hineingesteuert, ist das gleich nochmals falsch. Man soll also erst einmal das Ende des Pilotprojekts abwarten, um sich eine Meinung zu bilden. Das Halbwissen der hier Anwesenden ist dazu weniger geeignet. Wo die FDP hingegen genau hinschauen wird, ist die von Regierungsrat Isaac Reber erwähnte Frage der Verfügbarkeit der Sporthallen in den Ferien. Sollte dieses Projekt dazu führen, dass diese Hallen in den Ferien nicht mehr oder nur ungereinigt zur Verfügung stehen, wäre das für die FDP ein Problem, da es ein grosses Anliegen der Vereine ist, dass die Hallen grundsätzlich zur Verfügung stehen. Es ist zu hoffen, dass dies in der Evaluation ebenfalls aufgenommen wird.

Roman Klauser (SVP) glaubt nicht, dass der Rat darüber diskutieren sollte, welche Putzmaschine verwendet wird und mit welchen Massnahmen sich das Ergebnis steigern lässt. Dabei befindet man sich schon zu sehr im operativen Teil. Es gibt hier ein Projekt, das umgesetzt wird, wobei die Stadt Liestal sich entschieden hat, es zu kündigen, was ihr Recht ist. Man würde damit in die Verhandlungen zwischen Gemeinden und Kanton direkt eingreifen. Man lasse diese doch erstmal fertig verhandeln und warte man ab, was dabei herauskommt. Aus diesem Grund lehnt die SVP-Fraktion die Überweisung ab.

Marie-Therese Müller (BDP) sagt, dass die CVP/BDP-Fraktion ähnliche Probleme sehe. Im Postulat heisst es klar, dass der Regierungsrat dazu aufgefordert wird, das Reinigungspersonal zu übernehmen. Dies ist aber nicht die Aufgabe des Parlaments, da es einen Eingriff in die operative Ebene des Regierungsrats bedeuten würde. Es ist eine sehr unschöne Geschichte und die CVP/BDP-Fraktion ist in dieser Frage ziemlich geteilt. Man sollte eine Lösung finden, wozu Florence Brenzikofer auch die richtigen Fragen gestellt hat. Allerdings heisst das Postulat anders. Mit dem Stellen von Fragen käme man vermutlich weiter als mit einer Überweisung des Postulats.

Andrea Heger (EVP) findet, dass man über den von Marie-Therese Müller angesprochenen Punkt vielleicht noch diskutieren könne. Der Vorwurf aber, der Landrat würde vorgehen, ist genau der Punkt, auf den Florence Brenzikofer mit ihrem Postulat hinausmöchte.

Die Votantin traute ihren Ohren kaum, als Balz Stückelberger und Roman Klauser Nicht-Eingreifen gefordert hatten, votierte doch dieselbe Seite beim Passepartout-Projektausstieg gefühlsbetont dafür, gar nicht erst die Evaluation der Regierung abzuwarten, sondern sofort Entscheidungen zu treffen. Das passt überhaupt nicht zusammen. Deshalb findet die Grüne/EVP-Fraktion, dass sich das Postulat durchaus überweisen lässt.

Andrea Heger hat **Klaus Kirchmayr** (Grüne) total aus dem Herzen gesprochen. Zu ihren Argumenten sei noch eines hinzugefügt: Es bestehen sehr starke Zweifel, dass die Wirtschaftlichkeits-

rechnung, die der Entscheidung in der BUD zugrunde liegt, auch nur einer oberflächlichen Prüfung standhalten würde. Der Regierungsrat wird gebeten, Transparenz zu schaffen, wenn es um Schicksal von Menschen geht. Es wäre sehr sinnvoll, wenn die wirtschaftlichen Grundsätze offen dargelegt würden. Bis jetzt konnte das niemand. Es wäre nichts als normal, bei der Prüfung eines solchen Outsourcing-Entscheids auch ökonomische Überlegungen anzustellen und nicht einfach nur an die 10 % weniger «Headcount» zu denken. Ob der Kanton am Ende davon wirklich profitiert ist sehr zweifelhaft, da nicht auszuschliessen ist, dass am Schluss die Qualität darunter leidet. Diese Zweifel müssen ausgeräumt werden, anstatt Tatsachen zu schaffen und Arbeitnehmer auf die Strasse zu stellen.

Marianne Hollinger (FDP) weist darauf hin, dass die Situation mit dem Reinigungspersonal praktisch alle Sekundarschulstandorte (14 Gemeinden) betreffe. Auch die Gemeinde Aesch hat einen solchen Vertrag mit dem Kanton, hat aber, wie alle anderen Gemeinden ausser Liestal, den Vertrag nicht gekündigt.

In dieser Geschichte geht es um zwei Sachen: Das eine ist die Kündigung des Personals als ein Akt der Gemeinde. Auch im Interesse der betroffenen Angestellten sollten nun Gemeinden und Kanton miteinander reden, um eine Lösung zu finden. Das hat aber direkt nichts mit der neuen operativen Anweisung des Pilotprojekts zu tun. Dieses sollte man nun weiterlaufen lassen und nicht eingreifen. Die Votantin würde gerne die Stadt Liestal und den Kanton damit beauftragen, zusammen eine Übergangslösung für die Angestellten zu finden.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) weist darauf hin, dass es den Gemeinden bei der Übernahme der Sekundarschulen freigestellt wurde, eine Dienstleistungsvereinbarung mit dem Kanton einzugehen oder das Personal an den Kanton abzugeben. Von den betroffenen 19 Gemeinden entschieden sich 13, eine solche einzugehen. 6 Gemeinden übergaben das Reinigungspersonal dem Kanton. Aktuell hat der Kanton mit 12 Gemeinden Dienstleistungsvereinbarungen.

Von der Umstellung des Reinigungssystems sind sämtliche Gemeinden betroffen, was ihnen mit dem Schreiben vom 19. Juni 2017 mitgeteilt wurde. Darauf kündigte die Stadt Liestal diese Dienstleistungsvereinbarung, ohne vorgängig mit dem Kanton zu verhandeln. Dies ist ihr Recht, aber auch ihre Verantwortung. Eine weitere Kündigung liegt bis heute nicht vor.

Der Regierungsrat kann der Forderung des Postulats nicht nachkommen und das Reinigungspersonal, das bisher von der Gemeinde angestellt war, sofort und ohne Bedarfsprüfung zu übernehmen, bis das laufende Pilotprojekt evaluiert und abgeschlossen ist. Bei dem Projekt geht es auch um Standards. Man kann nicht mit weniger Personal dieselbe Arbeit mit den gleichen Standards verlangen. Es ist einem bewusst, dass die Anlagen in den Sommerferien auch von Vereinen genutzt werden. Es braucht dazu einen gewissen Pragmatismus, auch eine gewisse Bereitschaft, Abstriche in Kauf zu nehmen.

Man kann dieser Forderung also gar nicht nachkommen. Es war ein Akt der Gemeinde Liestal, der von ihr auch zu verantworten ist. Man würde fahrlässig handeln, wenn man die Betroffenen nun übernehmen würde und allenfalls, wenn man evaluiert hat und aufgrund der reduzierten Standards feststellen würde, dass man weniger Leute benötigt, ihnen gleich wieder kündigen müsste. Das wäre unverantwortlich, weshalb der Regierungsrat das Postulat ablehnt.

Florence Brenzikofer (Grüne) kann nicht alles so stehen lassen, was gesagt wurde. Auf ihre Frage nach dem Stand der Verhandlungen hat sie zudem noch keine Antwort erhalten. Da die Hauswarte übernommen werden, kann man nicht stets behaupten, es hätten keine Verhandlungen mit der Stadt Liestal stattgefunden.

Marianne Hollinger sei gesagt, dass sich die beiden Piloten sehr wohl mit der Hausreinigung verknüpfen lassen. Es ist kein Zufall, dass die beiden Piloten am Gymnasium und in der BUD in Liestal stattfinden.

Denkt man etwas weiter, dann sieht man, dass die Lösungen vielleicht schon auf dem Tisch liegen. Die Evaluation läuft noch bis Ende April. Es soll eine seriöse Evaluation sein, wobei nicht einfach nur von Maschinen die Rede ist. Es geht um Reinigungspersonal, das insgesamt betroffen ist – und nicht nur um die 9 Frauen, die die Kündigung erhalten haben. Betroffen sind zahlreiche weitere Menschen, die im Verwaltungsgebäude und am Gymnasium in Liestal arbeiten. Es ist nicht nur das Reinigungspersonal, es sind auch die Vorgesetzten, die diese Massnahmen von oben herunter umsetzen müssen.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) sagt, dass man die Standards, die man möchte, gemeinsam festlegen müsse. Florence Brenzikofer sei noch gesagt, dass es für den Kanton keinerlei Verpflichtung gibt, Personal der Stadt Liestal zu übernehmen. Das gilt im Übrigen auch für den Hauswart. Die Stelle wurde ausgeschrieben, eine Rekrutierung durchgeführt. Mehr lässt sich dazu nicht sagen.

Es stecken hier zwei Fragen drin: Das eine ist die Situation der Stadt Liestal, das andere ist das Projekt, das man erstmal evaluieren sollte, um daraus Schlüsse ziehen zu können. Das ist ein logischer Vorgang und so möchte man auch vorgehen.

://: Das Postulat wird mit 49:31 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.
